

## L1neu Visionen wagen – mit R2G in Sachsen.

Gremium: Landesmitgliederversammlung

Beschlussdatum: 31.10.2016

Tagesordnungspunkt: 3. Leitanträge

### 1 Warum sich etwas ändern muss!

2 In Deutschland im Jahr 2016 leben wir in einem oberflächlich betrachtet sehr  
3 erfolgreichen Land. Deutschland exportiert mehr, als es importiert, es ist  
4 gestärkt aus der Finanzkrise herausgegangen, der Finanzminister konnte sogar die  
5 Schwarze Null durchsetzen und irgendwie hat Deutschland auch den Atomausstieg  
6 eingeleitet.

7 Doch um zu begreifen, wie tief unsere Gesellschaft gespalten ist, muss menschl-  
8 ich gar nicht so tief nach Problemen forschen. Den Erfolg hat sich das Land auch  
9 durch eine Steigerung der Leiharbeit im Land und niedrige Löhne erkaufte. Die  
10 Schere zwischen arm und reich klafft immer weiter auseinander und der  
11 Bildungserfolg hängt zum erheblichen Teil vom Elternhaus der Kinder ab.  
12 Wirkliche Inklusion ist nach wie vor ein Wunschtraum. Die Anerkennung  
13 unterschiedlicher Lebensmodelle wird von der Union nach wie vor blockiert. In  
14 Deutschland wird nach wie vor an der Braunkohleverstromung festgehalten und die  
15 Energiewende blockiert. Aufgrund von grassierendem Rassismus bis tief in die  
16 Mitte der Gesellschaft hinein, können Menschen, die bei uns Schutz suchen, sich  
17 hier nicht überall sicher fühlen. Viele der Erneuerungen, die unser Leben besser  
18 machen, können durch die Blockadehaltung der CDU nicht verwirklicht werden. Wir  
19 sagen: Es ist Zeit endlich linke Utopien zu leben und die Weichen für eine  
20 gerechte, ökologische und weltoffene Gesellschaft zu stellen. Das funktioniert  
21 nur mit einem progressiven Bündnis aus SPD, GRÜNEN und der Partei DIE LINKE.

### 22 Was wir wollen!

#### 23 Die ökologische Wende klar machen

24 Keep it in the ground – für eine dezentrale Energiewende  
25 jetzt!

26 Sachsen ist eines der wenigen Bundesländer in Deutschland, in denen noch  
27 Braunkohle abgebaut wird. Viele Dörfer sind den Baggern schon zum Opfer  
28 gefallen, die Folgen des Abbaus sind in der durch Eisenoxid braun gefärbten  
29 Spreedeutlich zu sehen. Der Versuch, die zerstörte Umgebung durch Renaturierung  
30 und das Anlegen von künstlichen Seen wieder zu heilen, ist ein guter Anfang. Die  
31 Zerstörung der Biotop ist jedoch nicht mehr rückgängig zu machen und es zeigen  
32 sich aufgrund des niedrigen PH-Werts im Wasser und anderen Rückständen aus der  
33 Abbauphase viele Probleme beim Umgang mit den zerstörten Landschaften. Doch nicht  
34 nur der Abbau sondern auch die Braunkohleverstromung hat katastrophale  
35 Folgen. Viele Millionen Tonnen CO<sup>2</sup> werden täglich auf der Welt ausgestoßen. Die  
36 Polkappen schmelzen immer rasanter, der Meeresspiegel steigt. Die  
37 Industriestaaten sind mit ihrem rücksichtslosen, auf möglichst viel Wachstum  
38 ausgelegten Wirtschaften für den Klimawandel verantwortlich. Das empfindliche

39 Ökosystem der Erde ist schon heute gestört. Spezialisierte Flora und Fauna in  
40 den Thundren oder den großen Riffen dieser Welt droht schneller Auszusterben,  
41 als unser Jahrhundert vorbei ist. Klimaflucht, ob ausgelöst durch die  
42 tatsächliche Vernichtung des Lebensraums, wie beispielsweise auf den  
43 polynesischen Inseln, oder durch Bürgerkriege, wo der Klimawandel als  
44 Katalysator wirkt wie z.B. in Syrien, ist längst Realität. Wir wollen nicht  
45 zulassen, dass der Klimawandel unsere Welt zerstört!

46 Deshalb sagen wir laut und deutlich: KEEP IT IN THE GROUND - Lasst die Kohle im  
47 Boden! Kohleverstromung ist eine längst veraltete Form der Energiegewinnung,  
48 welche zudem auch noch höchst ineffizient ist. Statt schmutziger Kohleverpestung  
49 wollen wir eine dezentrale und bürger\*innennahe Energiewende anstoßen. Wir  
50 wollen Kommunen und Gemeinschaften ermutigen, vor Ort ihr eigenes Windrad  
51 aufzustellen oder das Dach der örtlichen Schule mit einem Solarpanel zu  
52 bestücken. Dafür braucht es Förderung und auch die Zusage einer langfristigen  
53 Einspeisegarantie. Wir wollen eine Energiewende, die umweltverträglich gestaltet  
54 wird. Besonders in geschützten Gebieten müssen Risiken für die Biotope genau  
55 analysiert und sorgfältig abgewogen werden. Zudem wollen wir vor allem in den  
56 Gebieten, in denen durch das Ende der Kohle viele Arbeitsplätze wegfallen,  
57 vermehrt auf den Ausbau von erneuerbaren Energien setzen und den Menschen von  
58 vor Ort eine Perspektive geben. Denn klar ist: Eine echte Energiewende schaffen  
59 wir nur gemeinsam.

60 Grüne Mobilität für Alle – ökologisch und sozial

61 Wir setzen uns für eine moderne, nachhaltige und sozial gerechte  
62 Mobilitätspolitik ein. Gehen und Radfahren sind die ökologisch nachhaltigsten  
63 Fortbewegungsarten und müssen künftig mehr Aufmerksamkeit erhalten als bisher.  
64 Insbesondere der ländliche Raum muss stärker vernetzt und an die Städte  
65 angebunden werden, beispielsweise durch die Errichtung von Fahrradwegen an allen  
66 Bundes- und Staatsstraßen sowie an stark frequentierten überörtlichen  
67 Verkehrswegen. Es darf dabei nicht sein, dass sich die Struktur von Fahrradwegen  
68 allein an bestehender Infrastruktur orientiert. So kann das Fahrrad auch für den  
69 überörtlichen und regionalen Verkehr ein attraktives Fortbewegungsmittel werden.  
70 Wir fordern eine progressive Fuß- und Radverkehrspolitik. Statt weiteren  
71 Einschnitten und Streckenstilllegungen fordern wir einen Ausbau des  
72 Schienennetzes sowie des Öffentlichen Personennahverkehrs mit einer  
73 solidarischen Finanzierung. Wir wollen die ländlichen Räume nicht allein lassen,  
74 sondern sie endlich wieder an das Verkehrsnetz anbinden. Wir wollen weg von der  
75 autozentrierten Verkehrspolitik und hin zu einer ökologischen und sozialen  
76 Mobilität für alle.

77 Ein starker Umweltschutz – heute für morgen

78 Unsere Zukunft von morgen beginnt mit unserem Handeln von heute. Diese  
79 Erkenntnis muss das politische Wirken künftiger Bundes- und Staatsregierungen  
80 bestimmen. Umweltschutz ist für uns als GRÜNE JUGEND ein fundamentales Anliegen.  
81 Wir fordern einen konsequenten Umweltschutz – ob in der Stadt oder auf dem Land.  
82 Der Stopp der Flächenversiegelung und ein ökologisch verträglicher  
83 Hochwasserschutz gehören ebenso dazu wie der Schutz von Wäldern und Bäumen vor  
84 unüberlegter Abholzung. Von besonderer Bedeutung ist dabei der materielle

85 Umweltschutz. Der Luftverschmutzung, welche gerade in den großen Städten  
86 Leipzig, Dresden und Chemnitz ein Problem ist, muss entschieden entgegen gewirkt  
87 werden. Dafür ist ein beschleunigter Ausstieg aus der Kohleverstromung ebenso  
88 notwendig wie die Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs sowie die  
89 Aufforstung sächsischer und bundesdeutscher Wälder. Die Bedeutung des Schutzes  
90 von Flüssen, Seen und Grundwasservorräten muss endlich eine stärkere Beachtung  
91 in Politik und Gesellschaft finden. Wir wollen die Verunreinigung von Böden und  
92 Gewässern durch Chemikalien, die besonders in der Landwirtschaft Einsatz finden  
93 erheblich reduzieren und fordern ein Verbot der Aufbringung von Herbiziden und  
94 Pestiziden, insbesondere von solchen, die im Verdacht stehen, hochgradig  
95 krebserregend (z.B. Glyphosat) oder für das sogenannte "Bienensterben"  
96 verantwortlich zu sein. Der zunehmenden Nitratbelastung sächsischer Böden muss  
97 durch die Verminderung des Gülleauftrags entgegengewirkt werden. Die Aufforstung  
98 von Wäldern und die Erhaltung und Erneuerung von Baumgrenzen um Felder schützen  
99 vor massiver Bodenerosion. Insbesondere die SPD muss sich in diesem Bereich  
100 deutlich bewegen.

101 Tierschutz stärken!

102 Tierschutz muss gestärkt werden. Die staatliche Aufgabe Tierschutz ist bereits  
103 im Grundgesetz verankert. Wir wollen nun Defizite bei der Umsetzung von  
104 geltendem Recht zu Lasten der Tiere beheben. Jedes Jahr werden in Deutschland  
105 mehrere Millionen Tiere getötet. Jede\*r Deutsche isst jährlich bis zu 60kg  
106 Fleisch. Dieser enorme Fleischkonsum birgt sehr viele Gefahren und Risiken,  
107 nicht nur für die menschliche Gesundheit. Der hohe Konsum hat eine  
108 Massentierhaltung zur Folge, die keine Rücksicht auf die Bedürfnisse von Tieren,  
109 die Umwelt und den Menschen nimmt. Billiges Fleisch nimmt millionenfaches  
110 Tierleid in der Massentierhaltung in Kauf. Dabei prägen unsere  
111 Konsumententscheidungen die Welt. So führen importierte Futtermittel zur Abholzung  
112 von Wäldern in den Tropen, Antibiotika als Futtermittelzusätze haben zur Bildung  
113 von multiresistenten Bakterienstämmen geführt und Fleischkonsum ist eine der  
114 wichtigsten Quellen für menschengemachte Treibhausgase. Tiere an Haltungssysteme  
115 anzupassen, in denen Schweinen ohne Betäubung der Ringelschwanz und Hühnern  
116 qualvoll die Schnabelspitze entfernt werden, muss umgehend gestoppt werden. Wir  
117 müssen endlich aufhören, Tiere auf engstem Raum zusammenzupferchen. Wir als  
118 GRÜNE JUGEND fordern, Tiere endlich als Mitlebewesen anzuerkennen und ihre  
119 Bedürfnisse zu achten. Wir fordern den umgehenden Ausstieg und den Stop der  
120 Subventionierung der Massentierhaltung, um Tiere und Lebensräume konsequent zu  
121 schützen.

122 Weiterhin fordern wir, dass nur noch Zirkusbetriebe ohne Tierauftritten dürfen.  
123 Das Mitführen von Tieren im Zirkus zu Schau- und Dressurzwecken wird längst  
124 nicht nur von Tierschützer\*innen kritisiert. In mehreren Ländern wie Österreich,  
125 Schweiz oder Ungarn sind Wildtiere in Zirkusbetrieben bereits ganz oder  
126 teilweise verboten. Die Haltungsbedingungen für Wildtiere sind anspruchsvoll.  
127 Die Voraussetzungen für eine artgerechte Haltung können in keinem Fall  
128 eingehalten werden. Viele Menschen erfreuen sich der Zurschaustellung von  
129 Künstler\*innen, Akrobat\*innen und Clowns. Dass hierfür Tiere zur Schau gestellt  
130 und unter beengten und nicht artgerechten Bedingungen leben müssen, ist ethisch  
131 nicht vertretbar. Wir fordern daher, das Mitführen von Tieren in Zirkusbetrieben  
132 zu verbieten und Mindeststandards für die Wildtierhaltung drastisch zu erhöhen.

133 Herzversagen, Knochenbrüche und Stürze stehen an der Tagesordnung auf  
134 Pferderennbahnen. Hierbei wird systematisch gegen geltendes Tierschutzgesetz  
135 verstoßen, denn es ist verboten Tieren Leistungen abzuverlangen, denen sie nicht  
136 gewachsen sind. Das Wohl der Pferde steht oftmals nur im Hintergrund. Es gehört  
137 zum Trainingsalltag die Tiere mit Peitschen, Scheuklappen, Ohrstöpseln und dem  
138 Einsatz von Zungenbändern gefügig zu machen. Auch beim Einsatz und der Ausbildung  
139 von Pferden zu polizeilichen Zwecken kommt es zu teilweise lebensgefährlichen  
140 Unfällen für Mensch und Tier. Pferde sind von Natur aus Fluchttiere. Über einen  
141 brennenden Busch zu springen, große Menschenansammlungen und Knallgeräusche zu  
142 ertragen, sind Extremsituationen für die Tiere und setzen sie unter extremen  
143 Stress. Um diese natürlichen Instinkte abzutrainieren werden nicht selten  
144 äußerst gewaltsame Mittel eingesetzt. Auch bei bereits ausgebildeten Pferden  
145 kann der natürliche Fluchtinstinkt nicht komplett ausgeschlossen werden. So  
146 führen Einsätze der berittenen Polizei immer wieder zu Unfällen, da die Pferde  
147 den Bedingungen nicht gewachsen sind und im Notfall nicht kontrolliert werden  
148 können. Die Pferderennbahnen in Dresden und Leipzig müssen geschlossen werden.  
149 Weiterhin fordern wir die Abschaffung der berittenen Polizei.

## 150 Solidarisch für echte Gerechtigkeit kämpfen!

151 In Deutschland läuft vieles falsch. Die Schere zwischen Arm und Reich klafft  
152 immer weiter auseinander. Wir sind der Ansicht, dass eine solidarische  
153 Gesellschaft davon lebt, dass alle das geben, was sie können. Menschen die  
154 vermöglicher sind, müssen ihren Teil zum Funktionieren einer Gesamtgesellschaft  
155 beitragen. Solidarität bedeutet auch Verteilungsgerechtigkeit. Deshalb setzen  
156 wir uns für die Einführung einer Vermögenssteuer ein und einer Erbschaftssteuer,  
157 die diesen Namen verdient. Wir fordern Geschlechtergerechtigkeit. Überwiegend  
158 von Frauen\* ausgeübte Berufe müssen aufgewertet werden. Sie arbeiten  
159 überdurchschnittlich oft im Niedriglohnsektor und haben so später oft nur eine  
160 geringe oder nicht ausreichende Rente. Das Ehegattensplitting befördert tradierte  
161 Rollenbilder. Es kann nicht sein, dass es eine staatliche Förderung für eine  
162 bestimmte Form der Lebensplanung gibt. Das Ehegattensplitting gehört daher  
163 abgeschafft. Wir setzen uns für ein solidarisch finanziertes Rentensystem ein,  
164 anstatt auf private Altersvorsorge zu setzen.

165 Ausbeutung stoppen! Für faire Arbeitsbedingungen auch in  
166 Sachsen

167 Sachsen ist das wirtschaftlich erfolgreichste Bundesland im Osten Deutschlands.  
168 Hier haben sich mehr Unternehmen als im Rest der ehemaligen DDR angesiedelt.  
169 Doch das verhältnismäßig hohe Wachstum haben wir in Sachsen auch durch einen  
170 extrem großen Niedriglohnsektor, weit verbreitete Leiharbeit und die Ausbeutung  
171 vor allem auch in der Care-Arbeit bezahlt. Dies trägt dazu bei, dass auch in  
172 Sachsen das Lohnniveau noch immer unter dem der alten Bundesländer liegt. Viele  
173 Menschen können ihren Lebensunterhalt durch einen Job allein nicht mehr sichern.  
174 Die harten Arbeitsmarktbedingungen und eine nicht selbstverständliche  
175 Gewerkschaftskultur bringen das Verhältnis von Arbeitnehmenden und  
176 Arbeitgebenden in eine ungleich gewichtete Lage. Gerade linke Politik hat die  
177 Aufgabe, sich für die sozialen Belange von Arbeiter\*innen einzusetzen. Wir  
178 wollen daher nicht zulassen, dass Menschen sich weiterhin ausbeuten lassen  
179 müssen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Jeder Mensch hat das Recht auf gute

180 Arbeit, aber ebenso das Recht, ohne Erwerbstätigkeit ein selbstbestimmtes Leben  
181 ohne Diskriminierung führen zu können. Auch ehrenamtliche Arbeit hat einen  
182 großen Wert für unsere Gesellschaft. Wir wollen, dass Care-Arbeit, also  
183 Pflegeberufe oder die Arbeit als Erzieher\*innen, besser honoriert wird.

184 Gemeinsam besser lernen! Für eine Bildungspolitik, die den  
185 Namen verdient

186 Die Misere mit der Bildungspolitik hat in Sachsen eine lange Tradition. Wir  
187 mögen in der PISA Studie gut abschneiden, doch an politischer Bildung und  
188 Strukturen, in denen gemeinsam gut gelernt werden kann, fehlt es. Nirgendwo  
189 besuchen so viele Kinder die Förderschule wie in Sachsen. Das ist ein  
190 Armutszeugnis für dieses Schulsystem. Wir wollen eine Schule, in der alle Kinder  
191 gemeinsam mit ihren unterschiedlichen Fähigkeiten lernen und auch voneinander  
192 lernen können. Die Gemeinschaftsschule ist keine Utopie. Sie wird an vielen  
193 Freien Schulen schon längst gelebt. Wir wollen eine differenzierte Betreuung der  
194 Schüler\*innen, statt eine Aussortierung nach der vierten Klasse. Das Gymnasium  
195 wollen wir abschaffen. Wir wollen, dass die UN-Behindertenrechtskonvention  
196 endlich auch in Sachsen umgesetzt wird. Individuelle Betreuung braucht Zeit und  
197 Personal. Jedoch herrscht durch den Altersanstieg und einer komplett verfehlten  
198 Personalpolitik der Staatsregierungen der letzten 25 Jahre ein eklatanter  
199 Lehrkräftemangel. Es gilt den Lehrer\*innenberuf in Sachsen wieder beliebt zu  
200 machen. Allerdings ist nicht nur eine Erhöhung der Lehrendenkapazitäten wichtig.  
201 Insbesondere die Ausbildung im pädagogischen und sonderpädagogischen Bereich  
202 muss stärker fokussiert werden, um alle Schüler\*innen mitzunehmen.

203 Wir wollen eine umfangreichere politische Bildung an sächsischen Schulen. Der  
204 derzeitige Politikunterricht ist vor allem eines: Dröge und langweilig. Schule  
205 ist nämlich politischer Raum. Wir setzen uns dafür ein, dass das Einladen von  
206 verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Initiativen in Schulen keine  
207 Ausnahme mehr bleibt. Diskussionen von Politiker\*innen verschiedener Parteien vor  
208 Ort in Schulen finden viel zu selten statt. Aktuell sind Hochschulen in Sachsen  
209 möglichst politikfreie Räume. Daher setzen wir uns auch an den Hochschulen für  
210 mehr direkte Teilhabe der Studierenden und einen gelebten politischen Diskurs  
211 ein.

212 Du hast die Wahl!

213 Und wir fordern die Einführung des Wahlrechts ab 14 auf Bundes- und Landesebene.  
214 Das Argument, dass Menschen erst mit 18 Jahren fähig wären, ihre  
215 Wahlentscheidung vollends zu umfassen, ist längst nicht mehr zeitgemäß. Junge  
216 Menschen müssen heute unglaublich viele schwierige Entscheidungen treffen, bevor  
217 sie volljährig werden, manchmal sogar bereits die Wahl des Studiengangs. Wir sind  
218 uns im Klaren, dass Altersbeschränkungen immer willkürlich sind und nie der  
219 Entwicklungsstufe des Einzelnen gerecht werden können. Wir sind jedoch der  
220 Überzeugung, dass junge Menschen mit der Vollendung des 14. Lebensjahres die  
221 nötige Reife besitzen, sich selbstständig und reflektiert eine politische  
222 Meinung zu bilden. Dieser sollte Gehör verschafft werden. Mit dem 14. Lebensjahr  
223 haben die Schüler\*innen jedoch gerade das Wissen über die Funktionsweise unserer  
224 parlamentarischen Demokratie erlernt. Wir glauben, Beteiligung ist der beste  
225 Weg, um für Demokratie zu begeistern. Denn die Stimme jede\*r Einzelnen zählt.

226 Beteiligung stärken!

227 Wir erleben aktuell eine Unzufriedenheit mit dem parlamentarischen System in  
228 seiner jetzigen Ausprägung. Dabei ist es keineswegs so, dass sich Menschen nicht  
229 mehr für Politik begeistern. Gerade die Jugend in Deutschland und Europa ist so  
230 politisch, wie lange nicht mehr. Dass sie ihr Engagement jedoch vor allem  
231 außerhalb des parlamentarischen Systems einsetzen, muss uns auffordern, über  
232 neue Wege von Beteiligung und über Veränderung zu diskutieren. Auch die  
233 Verbindungen zu Bewegungen und Zivilgesellschaft müssen wir immer wieder neu  
234 knüpfen. Es ist wichtig, mehr Mitbestimmungsrechte gerade vor Ort zu fördern und  
235 echte Beteiligung nicht als notwendiges Übel, sondern als bereicherndes Element  
236 zu begreifen. Nur so schaffen wir die Motivation für das Mitwirken an einer  
237 lebendigen Demokratie.

238 Für eine weltoffene Gesellschaft streiten!

239 Für die Stärkung der Bürger\*innenrechte – Überwachung  
240 stoppen!

241 Wir wollen die Privatsphäre der Menschen schützen. Denn Datenschutz ist  
242 Bürger\*innenrecht. Die wachsende Angst vor terroristischen Anschlägen führt  
243 immer wieder zu Forderungen nach einer massiven Ausweitung von Überwachung, wie  
244 der Vorratsdatenspeicherung oder einem verstärkten Zugriff auf die Online-Daten  
245 von Privatpersonen. Dabei wurde jedoch immer wieder deutlich, dass es keineswegs  
246 am Zugang zu Daten fehlt. Gerade mit Blick auf den NSU kommt mensch vielmehr zu  
247 dem Schluss, dass die Zusammenarbeit von Polizei und Verfassungsschutz an der  
248 Intransparenz des Verfassungsschutzes gescheitert ist. Der Verfassungsschutz hat  
249 mit seiner V-Leute-Praxis bisher nicht zur Aufklärung von Straftaten  
250 beigetragen. Vielmehr war die Terrorzelle des NSU jahrelang von V-Leuten  
251 umstellt, ohne dass sie bei ihrem Morden gestoppt worden wäre. Gleichzeitig  
252 werden antifaschistische Strukturen als vermeintlich „linksextrem“ willkürlich  
253 überwacht. Wir wollen die Sicherheitsbehörden unter eine verbesserte  
254 parlamentarische Kontrolle stellen. Wir fordern die Abschaffung der V-Leute  
255 Praxis und die Auflösung des Verfassungsschutzes in seiner jetzigen Form sowie  
256 eine generelle Neustrukturierung der Sicherheitsarchitektur in Sachsen und  
257 Deutschland. Wir werden die Freiheit nicht einer maßlosen Überwachung  
258 opfern. Zudem erleben wir gerade in Sachsen eine massive Kriminalisierung von  
259 antirassistischem Protest durch Polizei und Versammlungsbehörde und teils  
260 heftige Polizeigewalt auf Demonstrationen. Wir fordern eine verstärkte Ahndung  
261 von Polizeigewalt und eine verbesserte Fehlerkultur innerhalb der Polizei. Zudem  
262 fordern wir eine Verstärkung der demokratischen Bildung in der  
263 Polizeiausbildung.

264 Nationalismus raus aus den Köpfen!

265 PEGIDA, deren zahlreiche Ableger und die AfD haben es geschafft, den  
266 gesellschaftlichen Diskurs massiv nach rechts zu rücken. Die Aushöhlung des  
267 Asylrechts wurde weiter voran getrieben, immer wieder wurde und wird betont,  
268 dass Integration von Menschen, die hier leben wollten, eine Pflicht sei. Doch  
269 was eigentlich gemeint ist, ist nicht Integration, sondern Assimilation. Von

270 Menschen, die zu uns kommen, wird verlangt, dass sie bessere Menschen sind, als  
271 die, die hier geboren wurden. Anstatt Pluralität als Gewinn für die Gesellschaft  
272 zu schätzen, wird die Einhaltung „unserer Werte“ eingefordert, obwohl nicht klar  
273 ist, was diese Werte überhaupt sein sollen. Der Feminismus gehört, sieht mensch  
274 sich die Zahl sexueller Belästigungen auf dem Oktoberfest an, sicher nicht dazu.  
275 Dass Nationalismus schon immer gerade in Krisenzeiten Fuß fassen konnte, ist  
276 keine neue Erkenntnis. Die Schnelligkeit und Arglosigkeit, mit der im Moment  
277 Ideologien der Ungleichwertigkeit wieder Fuß fassen, muss uns jedoch tief  
278 beunruhigen. Es ist klar: Wir streiten für eine progressivere Gesellschaft, die  
279 Menschen unterschiedlicher Herkunft, Hautfarbe, Geschlechts oder Überzeugungen  
280 achtet. Wir ziehen dabei keine Grenzen zwischen Menschen, die seit längerem hier  
281 leben, und denen, die neu hierher kommen. Gerade, dass wir unterschiedliche  
282 Ziele und Vorstellungen vom Leben haben, macht die Stärke unserer pluralen  
283 Gesellschaft aus. Ob ein Mensch Mitglied unserer Gesellschaft ist, bestimmt  
284 nicht seine Vorliebe für Bier und Leberwurst. Wir stellen uns denen konsequent  
285 entgegen, die in der Verbreitung von Ideologien der Ungleichwertigkeit eine  
286 Lösung für gesellschaftliche Probleme sehen.

287 Für eine Welt ohne Grenzen!

288 Deutschland stellt mit dem Erstarken der AfD als konstante Kraft rechts der CDU  
289 keinen Einzelfall dar, sondern folgt einem europaweiten Trend. Die Finanzkrise  
290 und der stetig wachsende Unterschied zwischen den finanzstärkeren und  
291 finanzschwächeren Ländern in der Europäischen Union sowie das harte Spardiktat,  
292 das vor allem von Deutschland durchgesetzt wurde, hat auch den Nährboden für  
293 eine breite Unzufriedenheit bereitet. Es ist klar, dass wir eine andere Politik  
294 in Europa brauchen, die sich durch mehr Solidarität, durch eine bessere  
295 politische Legitimation und durch mehr Transparenz und Beteiligungsmöglichkeiten  
296 der EU Bürger\*innen auszeichnet. Doch wo anfangen, wenn die Solidarität bei der  
297 grundlegenden Gewährleistung von Menschenrechten scheitert? Mit den Konflikten  
298 in Syrien und im Nahen Osten sind so viele Menschen wie lange nicht mehr  
299 gezwungen, ihren Wohnort und sogar ihr Land zu verlassen. Dass Menschen auch in  
300 Europa Schutz suchen würden, war keine Situation, die über Nacht über uns  
301 hereinbrach. Die EU hat in ihrer humanitären Pflicht, Schutzsuchenden Asyl zu  
302 gewähren, in ihrer Gesamtheit versagt. Statt die Rettungsaktion Mare Nostrum  
303 auszuweiten, wurde der „Grenzschutz“ durch die Stärkung der Grenzschutzbehörde  
304 Frontex erheblich ausgeweitet. Griechenland und Italien wurden mit der Ankunft  
305 der Menschen allein gelassen, stattdessen sind sich die Staaten der EU nach den  
306 langen und erfolglosen Verhandlung von Verteilungsschlüsseln lediglich darüber  
307 einig, wie wichtig der „Schutz unserer Grenzen“ sei -so einig, dass Deals mit  
308 der Türkei geschlossen wurden und schon mal unter den Tisch fallen gelassen  
309 wird, dass dieses Land schon längst keine Demokratie mehr ist. Wir fordern den  
310 Stopp einer weiteren Abgrenzung Europas. Wenn dieses großartige Projekt gelingen  
311 soll, können wir den Grundsatz der Solidarität und die Achtung der Genfer  
312 Konventionen nicht einfach an seinen Toren aufgeben. Wir fordern die Aufhebung  
313 der massiven Einschränkungen im Asylrecht (z.B. das Konstrukt der „Sicheren  
314 Herkunftsstaaten“ sowie des Stopps des Familiennachzugs und der Residenzpflicht.

## 315 **Warum jetzt?**

316 Wir wollen mehr als nur den Status quo erhalten. Er ist Teil der Manifestierung  
317 des Nationalismusproblems. So wie Menschen derzeit gegeneinander ausgespielt  
318 werden, die Ungleichverteilung des Vermögens immer mehr zunimmt und unsere  
319 Umwelt durch unsere Rücksichtslosigkeit weiter zerstört wird, kann es nicht  
320 weitergehen. Wir werden die Veränderung nicht den reaktionären Kräften  
321 überlassen. Wir wollen endlich etwas dafür tun, dass unsere Visionen von einer  
322 weltoffenen, ökologischen und solidarischen Gesellschaft Wirklichkeit werden.  
323 Das schaffen wir nur, indem wir die CDU endlich in die Opposition schicken und  
324 gemeinsam mit der LINKEN und der SPD einen Wandel wagen. Mit der Vernetzung von  
325 GRÜNE JUGEND, Jusos und Linksjugend wollen wir unseren Beitrag als  
326 Jugendverbände zur gemeinsamen Umsetzung der oben genannten Ziele leisten.

327 Wir wollen viel. Fürs erste. Und darüber hinaus noch viel viel mehr. Wir haben  
328 lange genug gewartet. Wir haben die Ideen und Vorstellungen und wir wissen wie  
329 wir sie umsetzen wollen. Wir wollen einen echten Wechsel mit rot rot grün wagen  
330 - jetzt!

## **Begründung**

Die Begründung erfolgt mündlich.

## L2neu Leichte Sprache auch in der Partei

Gremium: Landesmitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 31.10.2016  
Tagesordnungspunkt: 3. Leitanträge

- 1 Die GRÜNE JUGEND Sachsen stellt einen Antrag zu der nächsten Landes-Delegierten-
- 2 Konferenz (LDK) von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Sachsen.
- 3 Der Text steht hier:
- 4 Leichte Sprache ist für Menschen mit Lern-Schwierigkeiten.
- 5 Aber auch für Menschen, die nur wenig Deutsch verstehen.
- 6 Zum Beispiel Gehörlose oder Migrantinnen und Migranten.
- 7 Auch Kinder verstehen Leichte Sprache gut.
- 8 Wir wollen Politik für alle machen.
- 9 Alle sollen uns verstehen.
- 10 Wir benutzen die Regeln vom Netzwerk für Leichte Sprache.
- 11 Wir wollen Leichte Sprache auch auf der Internet-Seite unserer Partei.
- 12 Die Internet-Seite soll auch barriere-frei sein.
- 13 Wir wollen jedes Thema in Leichter Sprache.
- 14 Es reicht ein kurzer Text zusätzlich und als Erklärung zum eigentlichen
- 15 Beschlusstext. Unsere beschlüsse sind Grundlage für den Text.
- 16 Zudem sollen gemäß den Regeln des Netzwerks Leichte Sprache auch die Typografie
- 17 und Medien gestaltet werden.
- 18 Wir schreiben auch Informationen über uns in Leichter Sprache.
- 19 Sie stehen unter „Partei“ auf der Internet-Seite.
- 20 In manchen Bildern sind Texte.
- 21 Wir schreiben den Text auch unter das Bild.
- 22 Für Parteien sind Wahlen sehr wichtig.
- 23 Wir schreiben auch Wahl-Programme in Leichter Sprache.

## Begründung

Wir wollen Politik für alle machen.  
Zusammen mit der Partei!  
Wir wollen ein Zeichen setzen.  
Für Inklusion!

Weitere Begründung mündlich.